Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 265. [50. Jahrgang.] Freitag den 11. November 1910. [50. Jahrgang.] Nr. 265.

Berlin, den 10. November.

Rundschau im Auslande.

Zur Monarchenbegegnung in Potsdam.

Petersburg, 10. November. Die Rossija bringt folgende Auslassung: Die Monarchenbegegnung in Potsdam, begleitet von Unterredungen des deutschen Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg und des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen v. Kiderlen-Waechter mit dem Verweser des russischen Ministeriums des Aeußern Sasonow, hat sehr erfreuliche Resultate ergeben. Wie sich klar herausstellte, besteht in den Anschauungen der Regierungen beider Nachbarmächte über die Grundfragen der internationalen Politik keine Meinungsverschiedenheit. Was verschiedene Fragen von weniger wesentlicher Bedeutung betrifft, so wurde die volle Möglichkeit festgestellt, die Lösung auf diesem Boden entstehender Mißverständnisse durch aufrichtigen, offenen Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen zu erleichtern.

Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anleihevertrages.

Konstantinopel, 9. November. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Finanzminister Djavid Bei und Dr. Helfferich haben heute abend den Anleihevertrag unterzeichnet.

Schutz der deutschen Interessen in Honduras.

Der kleine Kreuzer Bremen ist infolge der in Amapala (Republik Honduras) ausgebrochenen Unruhen zum Schutze des deutschen Eigentums und der deutschen Interessen dorthin beordert worden. S. M. S. Bremen ist, aus Panama kommend, am 8. d. M. in Amapala eingetroffen.

Ein französisches Kriegsschiff und ein Kreuzer der Vereinigten Staaten sind bereits dort; ein englisches Kriegsschiff wird erwartet. Die telegraphische Verbindung mit dem Festlande ist wiederhergestellt; alle übrigen Verbindungen sind unterbrochen.

Die Prager Ausgleichsverhandlungen.

Prag, 9. November. Heute gerieten die Ausgleichsverhandlungen zwischen den Deutschen und den Tschechen neuerlich ins Stocken, da sich in der Frage des Sprachengesetzes starke Meinungsgegensätze ergaben. Die Lage ist so zugespitzt, daß Statthalter Graf Coudenhove zum ersten Male die Obmänner der Parteien zu einer vertraulichen Konferenz berief. Als Ergebnis der Konferenz, der auch Oberlandmarschall Fürst Lobkowitz beiwohnte, wird verlautbart, daß die Ausgleichsverhandlungen fortgesetzt werden.

Stürmische Szenen im mährischen Landtag.

Brünn, 9. November. In der heutigen Landtagssitzung kam es zu stürmischen Szenen, als dem Abgeordneten Grünfeld das Wort entzogen wurde. Die deutschen Abgeordneten pfiffen, schlugen mit den Pultdeckeln, stimmten Lieder an und warfen Akten und andere Schriftstücke gegen das Präsidium. Schließlich verließen die deutschen Abgeordneten, der verfassungstreue Großgrundbesitz, die mährische Mittelpartei und die Sozialdemokraten den Saal, wodurch das Haus beschlußunfähig wurde. Der Tag der nächsten Sitzung wird schriftlich bekanntgegeben.

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

New York, 9. November. Die Demokraten haben durch die bisherige Eroberung von 37 Sitzen im Repräsentantenhaus zu Washington eine Majorität von 13 Stimmen über die Republikaner erzielt. Sie gewannen außerdem 8 Sitze für den Senat und haben dadurch die republikanische Mehrheit des Senates herabgemindert. Demokratische Gouverneure sind gewählt worden in den ausschlaggebenden Staaten New York und Ohio sowie in den republikanischen Hochburgen New Jersey, Connecticut und Massachusetts. Die Republikaner haben auch in den anderen Staaten viel an Stimmen verloren. Außerdem ist nach der Roosevelt-Kandidat für den Gouverneursposten von New York dem Demokraten unterlegen. Infolge der im Staate New York zu stande gekommenen demokratischen Majorität gilt bei der gemeinsamen Abstimmung der beiden Kammern die Wahl des demokratischen Senators als Nachfolgers von Depew als gesichert.

New York, 9. November. Die Demokraten sind bei den Wahlen zum Kongreß auch weiterhin siegreich und werden nach den letzten Meldungen im Repräsentantenhause eine Mehrheit von wenigstens vierzig Stimmen haben.

San Francisco, 9. November. Im Staate Kalifornien wurde der republikanische „Insurgent" Johnson dessen Kandidatur von Roosevelt gebilligt war, gegen den Demokraten mit einer Mehrheit von schätzungsweise 50 000 Stimmen zum Gouverneur gewählt.

Portugal.

Lissabon, 9. November. Die Gesandten Frankreichs, Spaniens, Italiens und Englands wurden heute vom Minister des Aeußeren empfangen, dem sie mitteilten, daß sie ermächtigt worden seien, die laufenden Geschäfte wieder aufzunehmen. Die Gesandten brachten zu gleicher Zeit den Wunsch nach herzlichen Beziehungen zwischen ihren Ländern und Portugal zum Ausdruck.

Lissabon, 9. November. Vier Admirale, unter ihnen der frühere Ministerpräsident Ferreira do Amaral, sind verabschiedet worden.

Lissabon, 10. November. Die in London verbreiteten Gerüchte, daß die portugiesische Regierung eine Anleihe plane bezw. unterzubringen suche, entbehren jeder Begründung.

Lissabon, 10. November. Der Finanzminister beschäftigt sich mit einer Reform der Verwaltung seines Ministeriums, der Eintreibung alter Schulden an den Staat im Betrage von 25 Mill. Frank, der Wiedereinziehung von Staatseigentum und Staatsgütern, einer Organisation zur direkten Kontrolle der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und aller Unternehmungen, die in Beziehungen zum Staat stehen, sowie einer Reform der Grundlagen der Steuern. Bei der Eintreibung der alten Schulden an den Staat soll jedoch ohne Härten gegen die Schuldner vorgegangen werden.

Die Beteiligung an der chinesischen Anleihe.

London, 9. November. Wie das Reuterische Bureau erfährt, beraten gegenwärtig die englische, französische und deutsche Finanzgruppe in London den amerikanischen Vorschlag, sich an der chinesischen Anleihe zu beteiligen. Die Entscheidung über die Bedingungen und die Höhe der Beteiligung wird in einigen Tagen erwartet.

Aus dem chinesischen Vorparlament.

Peking, 9. November. Im Reichsausschuß entspann sich heute eine Diskussion über die Anleihe der Provinz Hunan. Besonders bemängelt wurde, daß die Anleihefrage der Provinzialversammlung von Hunan nicht unterbreitet worden wäre. Die Mitglieder des Großen Rates, die die Anleihe sanktioniert hatten, waren Gegenstand heftiger Angriffe. Auf Verlangen des Hauses telephonierte der Präsident den in Frage kommenden Räten, sie möchten kommen und Erklärungen abgeben. Die Antwort lautete dahin, daß es ihnen unmöglich wäre, zu erscheinen. Das Haus war für die Zwischenpause vertagt worden. Ein Antrag auf weitere Vertagung bis zum Erscheinen der Räte wurde abgelehnt, und der Präsident machte sich anheischig, den Herren dringend nahezulegen, den Wünschen des Hauses zu entsprechen. Die ordentlichen Geschäfte des Hauses wurden durch diesen Vorfall um drei Stunden verzögert. Der Ton der Versammlung war durchaus loyal gegen den Thron, aber sehr scharf gegen die Beamten.

Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg wohnte der Sitzung bei.

Verurteilung japanischer Verschwörer.

Tokio, 9. November. Sechsundzwanzig Japaner, die der Teilnahme an einer Verschwörung gegen das Leben des Kaisers angeklagt waren, der während seines Besuches der Militärschule von ihnen ermordet werden sollte, wurden heute vom Tribunal für schuldig befunden. Das Gericht empfiehlt, auf Todesstrafe zu erkennen.

Zurückziehung der englischen Landungstruppen in Südpersien.

Teheran, 9. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die englischen Landungstruppen in Lingeh sind, nachdem die Gefahr für die Fremden beseitigt ist, zurückgezogen worden.

Kleinere politische Nachrichten.

Aus London wird berichtet: Die Arbeitervertreter auf der Konferenz im Handelsamt haben an die Arbeiter im **Ausstandsgebiet** ein Telegramm gerichtet, sie möchten für Beilegung der Feindseligkeiten Sorge tragen und alle notwendigen Vorkehrungen treffen, wenn die Bergwerksleitung Arbeitskräfte für die Herausschaffung der Pferde aus den Schächten nötig hätte. — Nach einer Meldung der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft aus Johannesburg hat der Chef der **Basutos**, Letsie, mit großem Gefolge den Herzog von Connaught in Bloemfontein begrüßt und ihm die Loyalitätsadresse überreicht, in welcher der Anschluß des Basutolandes an die Südafrikanische Union für noch verfrüht erklärt wird.

Asquiths Guildhallrede.

London, 9. November. Auf dem Lord-Mayors-Bankett in der Guildhall erklärte Asquith: Es habe einige Erregungen und Bewegungen an einigen Teilen des internationalen Horizonts gegeben, aber keine, die den Frieden unter den Großmächten zu stören drohe. „Wir sind stets bereit", fuhr der Premierminister fort, „uns anderen zur Erzielung der Beruhigung anzuschließen. Wir haben keine Beweggründe, abenteuerliche Pläne zu fördern. Wir brauchen kein Abenteuer, sondern Beständigkeit und Frieden."

Es ist eine gewisse Beunruhigung durch den so sensationellen wie unbegründeten Bericht verursacht worden, daß wir im Begriffe seien, eine Politik aktiver Einmischung in die inneren Angelegenheiten Persiens zu beginnen. Die Tatsachen sind folgende: Seit einiger Zeit haben sich die Handelsstraßen in Süd-Persien im Zustande größter Unsicherheit befunden. Die britischen Firmen forderten naturgemäß von uns, zu tun, was wir vermächten, um dem abzuhelfen. Wir stellten daher an die persische Regierung das dringende Ansuchen, daß, wenn sie nicht im stande sei, mit den eigenen Truppen diese Wege zu überwachen, sie ihre Zustimmung dazu erteilen sollte, daß eine persische Truppe unter dem Befehl von britischen Offizieren aufgestellt werde, die zu diesem Zweck von der indischen Regierung gestellt werden sollten. Für den Fall, daß ein Mangel an Geldmitteln die persische Regierung daran hindern sollte, die Ordnung wiederherzustellen, wie ich fast vermute, haben wir der persischen Regierung mitgeteilt, daß wir gern die Beschaffung von Geldmitteln auf irgendeine einmalige Methode erleichtern würden, wenn der Betrag dazu verwendet werden würde, die Handelsstraßen zu überwachen und die Sicherheit aufrechtzuerhalten. Es ist unmöglich für ein Land, das in einen solchen Zustand der Schwäche und Verwirrung geraten ist, wie er in Persien nach der Abtretung des Schahs bestand, sich selber ohne Unterstützung von außen wieder hinauf zu bringen. Persien kann nicht wieder zur Stärke und Stabilität gelangen, wenn es eine Politik des Mißtrauens und der Feindseligkeit gegen seine unmittelbaren Nachbarn oder einen von ihnen verfolgt. In unseren dringenden Vorschlägen, deren Annahme wir der persischen Regierung empfohlen haben, liegt nichts, was die Unabhängigkeit und die Integrität Persiens bedroht. Wenn die persische Regierung sich um den guten Willen ihrer Nachbarn bemühen will, wird sie eine bereitwillige Antwort erhalten, aber wenn sie das nicht tun will, wenn ihre Haltung zu gleicher Zeit eine ausschließende und feindselige sein wird, so muß ein Zustand der Verwirrung und des Chaos entstehen, der eine wirkliche Gefahr für Persien selber und für jedes Interesse in jenem Teile der Welt bilden wird. Für solchen Fall müssen wir uns das Recht vorbehalten, alle Maßregeln zu ergreifen, wie sie für den Schutz der britischen Interessen notwendig sind. Aber unsere Absicht ist, jede Art von Feindseligkeit gegen die persische Regierung zu vermeiden, und die Schritte, die wir selbst bisher unternommen haben, und die Schritte, die zu unternehmen die persische Regierung dringend ersucht haben, sind auf die Aufrechterhaltung ihrer Autorität gerichtet gewesen.

Indem Asquith sodann die Rüstungsfrage berührte, erklärte er, er sei vollständig überzeugt, daß die Mehrheit der Völker in den zivilisierten Ländern der Welt den Frieden wünsche und dem Kriege entschieden abgeneigt sei. Was für ein Paradoxon sei es dann, daß in fast jedem Lande die Ausgabe für Rüstungen der häufigste Gegenstand parlamentarischer Debatte sei, zuerst in England selber, dann in Deutschland, dann in den österreichischen Delegationen. „Es wird uns oft gesagt, daß der Premierminister fort, „daß gerade der Betrag dieser Rüstungen eine Sicherung des Friedens ist. Aber schon die Ansammlung und Anhäufung einer solchen Masse von explosivem Material ist an sich eine Gefahr, dann erzeugt die Bürde der dafür nötigen Besteuerung überall eine Beunruhigung, die ihren Ausdruck in inneren Ruhestörungen finden kann, die aber auch unter irgendeinem neuen Impuls in einem äußeren Angriff Erleichterung suchen kann. Kein einzelnes Land kann seine Ausgaben herabsetzen und der Mäßigung stärkerer, wachsamerer Nachbarn vertrauen, am wenigsten von allen wir mit unseren Besitzungen über die ganze Länge und Breite der Welt. Wir scheinen uns in einem circulus vitiosus zu befinden. Das Vorhandensein ausgedehnter Rüstungen schafft Furcht und Mißtrauen zwischen den Regierungen. Die Furcht und das Mißtrauen zwischen den Regierungen stachelt zur Ausgabe für Rüstungen an. Aber wenn die Stimmung der Völker friedlich ist, so sollte es sicher nicht unmöglich sein, daß sich eine freundschaftere Atmosphäre nicht nur zwischen zwei oder drei, sondern zwischen allen großen Ländern Europas verbreitet. Ich bemerke, daß unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung in beiden Weltteilen eine gute politische Stimmung, ob sie die Form tatsächlicher Verständigungen oder nicht annimmt, in nicht zu langer Zeit so allgemein und umfassend unter den Großmächten werden wird, daß sie diesem verschwenderischen, unheilvollen Wettbewerb zu kriegerischen Zwecken eine Grenze setzen wird."

Nachdem Asquith sodann noch das Anwachsen und Prosperieren des Handels, sowie das Steigen der Lohnsätze berührt hatte, wandte er sich zu den Arbeiterunruhen in Wales. Der Ausbruch der Gewalttätigkeiten in Wales könne nicht scharf genug verurteilt werden. Der Staat würde nicht zögern, den lokalen Behörden jede Truppenmacht zur Verfügung zu stellen, die notwendig sei, um die Gesetzlosigkeit und Gewalttätigkeit zu unterdrücken.

London, 10. November. Bei dem gestrigen Bankett in der Guildhall widerlegte Sir John French in seiner Erwiderung auf den Toast auf die Armee die unbegründeten Meldungen und falschen Schlüsse bezüglich der englischen Armee, die sich in den Manöverberichten eines früheren deutschen Offiziers fänden. French sagte, er habe das Bedürfnis, den Kameraden im großen Deutschen Reich die Versicherung zu geben, daß die englische Armee weit davon entfernt sei, zu denken, daß die Meinung über sie, welche von dem betreffenden Korrespondenten ausgesprochen worden sei, die Anschauung der deutschen Kameraden über die britische Armee widerspiegele. (Beifall.) Zwischen den deutschen und den englischen Soldaten habe bisher stets die innigste Freundschaft, Herzlichkeit und gegenseitige Achtung geherrscht und würde, wie er hoffe, auch stets unter ihnen herrschen. Den englischen Offizieren sei bei den deutschen Manövern stets der herzlichste Empfang zu teil geworden, und er sei überzeugt, daß die englischen und die deutschen Kameraden nur von den freundschaftlichsten Empfindungen beseelt seien.

Das Kabinett Briand und die französischen Parteien.

Paris, 9. November. Deputiertenkammer. In der heutigen Verhandlung wurde die Debatte über die Interpellationen fortgesetzt. In Erwiderung auf die Ausführungen des Deputierten Charles Benoist erklärte Briand, er werde hinsichtlich der Wahlreform die Vertrauensfrage stellen und hoffe, mit Unterstützung der Kommission zu einer schnellen Lösung zu gelangen, vorausgesetzt, daß die Kommission den ursprünglichen Entwurf nicht allzusehr abändere.

Delahaye (Rechte) griff unter starkem Lärm Briand und mehrere Minister, darunter besonders Lafferre, persönlich heftig an. Der Präsident erteilte ihm einen Ordnungsruf.

Leroy-Beaulieu (Progressist) erklärte, er könne zu einem Ministerium, dem Lafferre, der Verteidiger der Zettelwirtschaft des Kriegsministers André, angehöre, kein Vertrauen haben.

Briand erklärte: Es hängt von den Republikanern ab, ob sich morgen noch an der Spitze der Regierung stehe. Ich werde ihnen heute abend die Mittel dazu in die Hand geben. Lafferre ist ein Ehrenmann und ein Mann von Mut. (Beifall links, Zwischenrufe rechts.) Ich begehre Ihre Stimmen nicht, rief Briand, zur Rechten gewandt. Indem er dann auf die Hauptfrage einging, sagte er: Die Regierung kann unegen einem neuen Eisenbahnausstand gegenüberstehen. Soll sie es mit gekreuzten Armen tun? Wenn Sie ja dazu sagen, dann trete ich zurück. (Beifall links und in der Mitte.) Briand erklärte weiter, daß die Regierung, um die Möglichkeit der Wiederkehr solcher gefährlichen Ereignisse zu vermeiden, die Schaffung einer dauernden Ausgleichs- und Schiedsgerichtsbehörde vorschlage, ferner solle es unmöglich sein, während der Tagung dieses Schiedsgerichts einen Ausstand zu versuchen, und ebenso solle es unmöglich sein, in den Ausstand zu treten, wenn der Ausgleich nicht angenommen worden sei. Briand protestierte sodann gegen Jaurès' Behauptung, daß Frankreich der Welt auf der Bahn der Reaktion vorangehe. Frankreichs Freunde gelten ihm Beifall nicht, weil es ein Werk der Reaktion vollbracht habe, sondern weil es die Fahne der Zivilisation gegen die Anarchie hochgehalten habe. (Beifall.) Wenn ein Ausstand der Angestellten der öffentlichen Dienstzweige das Leben der Nation bedroht, habe Briand fort, so hat die Regierung das Recht, diese Angestellten zur Verteidigung des Vaterlands einzuberufen. Wenn Sie mir die gesetzlichen Mittel verweigern, diesen Möglichkeiten zu begegnen, so gehe ich. Zum Schluß wiederholte Briand, die allgemeine Politik der Regierung ist die des weltlichen Unterrichts, der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit, und für diese Politik stelle ich die Vertrauensfrage. (Beifall links.)

Binet (unabhängiger Liberaler) erklärte, er werde für die Regierung stimmen, die die Revolutionäre bekämpft.

Pelletan (sozialistischer Radikaler) forderte Briand auf, zu erklären, warum er sich von einer Anzahl seiner Mitarbeiter getrennt habe, und warf ihm vor, er sei der große Mann der Reaktion, da er eine Art von Militarisierung der öffentlichen Dienste habe durchblicken lassen und durch Beschränkung des Streikrechtes bestreitet sei, die Sklaverei wiederherzustellen. Pelletan schloß mit der Bemerkung, die radikale Fahne dürfe nicht dazu dienen, eine reaktionäre Regierung zu decken. (Beifall auf der äußersten Linken und bei einem Teil der Linken.)

Briand antwortete, die Regierung beabsichtige, die in ihrer Erklärung gegebenen Versprechungen zu halten. Was die Frage der Ausstände anbetreffe, so werde die Regierung sich an, die von der Kammer genehmigte Tagesordnung halten. Der Ministerpräsident erinnerte sodann Pelletan daran, daß er als Marineminister den Arsenalarbeitern mitgeteilt habe, daß er keinen Ausstand zulassen würde. Briand wiederholte, die Regierung könne einem vollständigen Stillegen des Eisenbahnverkehrs nicht mit verschränkten Armen zusehen, und wies die Aufforderung eines Deputierten, über die Bedingungen der Kabinettsbildung Erklärungen abzugeben, zurück. Vom Hause oftmals unterbrochen, erklärte er, er lehne es ab, darauf zu antworten. Das Kabinett sei nach Constitution im Recht mit einem Programm gebildet. Eine Erklärung, schloß er, hat Ihnen Aufklärung gegeben, damit ist es genug. Wenn Sie uns nicht haben wollen, sagen Sie es. (Beifall.)

Unter großer Unruhe verlas darauf der Präsident die eingebrachten Tagesordnungen. Briand erklärte, er werde die Tagesordnung Grosdidier annehmen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen und die Erklärung der Regierung gebilligt wird, stellte die Vertrauensfrage.

Einige Deputierte wandten sich unter großem Lärm gegen Lafferre wegen seiner Beziehungen zur Freimaurerei. Besonders heftig zeigte sich Major Driant. Er verlas einen von den Freimaurern diskutierten Antrag über die Preisgabe Elsaß-Lothringens und klagte Lafferre als Schuldigen an.

Darauf entstand ein großer Tumult, unter heftigen Zwischenrufen bezeichnete Lafferre die Behauptungen Driants als Verleumdungen. Es ist mir nie in den Sinn gekommen, sagte er, einen solchen Antrag vorzubringen oder ihm zuzustimmen. Keinen Augenblick hat das französische Freimaurertum die Erinnerung an die verlorenen Provinzen verloren. Wir rühmen uns, dem großen Bunde der Freimaurer anzugehören, die nicht auf ihre patriotischen Hoffnungen Verzicht geleistet haben. (Zustimmung links.)

Die Tagesordnung Grosdidiers wurde darauf mit 296 gegen 209 Stimmen angenommen und die Sitzung geschlossen.

Paris, 9. November. Für die Tagesordnung, die der Regierung das Vertrauen ausspricht, haben gestimmt 11 unabhängige Sozialisten, 72 Sozialistisch-Radikale, 91 Radikale, 67 der demokratischen Linken, 47 Progressisten, 3 der Action libérale und 5 Unabhängige. Dagegen haben gestimmt 75 geeinigte Sozialisten, 18 unabhängige Sozialisten, 56 Sozialistisch-Radikale, 9 Radikale, 2 der demokratischen Linken, 6 Unabhängige, 6 Progressisten, 22 der Action libérale und 15 der Rechten. 56 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung, darunter Millerand, Ruau, Viviani, Chéron, Renoult und Sarraut, die dem vorigen Kabinett angehörten; abwesend waren 31 Deputierte. Die Majorität umfaßt 241 Stimmen der Linken, die Minorität 160, einschließlich der geeinigten Sozialisten.

Paris, 9. November. Emil Combes übernahm heute den Vorsitz im Komitee der radikalen und der sozialistisch-radikalen Partei mit einer Rede, in der er erklärte, durch ihre Autonomie, d. h. rein durch ihre unabhängige Existenz, werde die radikale und die sozialistisch-radikale Partei die Reformpartei der demokratischen und sozialen Republik bleiben. Wir maßen uns nicht an, sagte er, daß wir die einzigen sind, die der Republik dienen, und wir hegen keinen feindseligen Gedanken gegen die, die ihr an unserer Seite aufrichtig dienen. Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Combes, daß er für die Bildung zweier Parteien sei, und zwar einer die Progressisten und die Liberalen umfassenden republikanisch-konservativen Partei und einer republikanischen Reformpartei, die die Radikalen und die Sozialistisch-Radikalen in sich schließe, und der sich die Republikaner der Linken und die Sozialisten anzuschließen hätten. Leider zögen gewisse Gruppen zu viel Vorteil aus ihrer unklaren Stellung, um darauf zu verzichten. Im Interesse der radikalen Partei liege es, aus der Zweideutigkeit ohne Verzug herauszutreten und ihre Kraft wieder zu gewinnen, indem sie sich wie ehemals als eine geeignete und disziplinierte Partei aufs neue zusammenschließe.

Paris, 10. November. Die radikalen Blätter bezeichnen den Ausgang der Interpellationsdebatte als durchaus befriedigend und erklären, man könne dem Kabinett nicht mehr vorwerfen, daß es sich mit Hilfe der Rechten am Ruder erhalte. Die Rechte habe sich nunmehr zu den Gegnern der Regierung geschlagen, und Briand könne das von ihm gestern gekennzeichnete Programm unbehindert verwirklichen. — Gaulois meint, Briand habe gestern nur ein Gnadenvotum erhalten. Seine Politik habe bei keiner Partei Achtung errungen. — Humanité schreibt, die gestrige Abstimmung bedeute für Briand den wahren Zusammenbruch. — Rappel sagt, das Ministerium ist nur mit knapper Not dem Sturze entgangen.

Der Ausschuß der sozialistisch-radikalen und der radikalen Partei hat beschlossen, die Rede Pelletans, in der die Politik Briands auf das schärfste bekämpft wird, in Form einer Flugschrift in ganz Frankreich zu verbreiten.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser empfing gestern vormittag im hiesigen Königlichen Schlosse den Gesandten in Caracas v. Proelius zur Meldung. Am Abend wohnte Se. Majestät mit der Prinzessin Viktoria Luise der Vorstellung im Königlichen Schauspielhause bei. Gegeben wurde Wallensteins Lager und die Piccolomini. In der Hofloge bemerkte man u. a. den Gouverneur von Berlin General v. Kessel, den kommandierenden General des Gardekorps v. Loewenfeld, den Kommandanten von Berlin General v. Boehn, Admiral v. Hollmann und Wirklichen Geheimen Rat v. Valentini.

* Prinz Oskar von Preußen ist gestern nachmittag 3 Uhr 48 Min. auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen und um 8 Uhr 15 Min. Abends vom Stettiner Bahnhof nach Pasewalk weitergereist.

* Prin Adolf zu Schaumburg-Lippe ist gestern abend um 9 Uhr, von Neustrelitz kommend, auf dem hiesigen Stettiner Bahnhof eingetroffen.

* Se. Majestät der König Viktor Emanuel von Italien vollendet am 11. d. das 41. Lebensjahr.

* Gestern abend besuchte die Kaiserin von Rußland zum ersten Male die Vorstellung im Hoftheater zu Darmstadt. Der Vorstellung wohnten auch der Kaiser von Rußland, die vier Töchter der russischen Majestäten, sowie der Großherzog und die Großherzogin von Hessen und Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen bei. Zur Aufführung gelangte die im vorigen Jahre vom Großherzog unter dem Pseudonym E. Mann verfaßte Weihnachtserzählung Bonifazius.

** Wie wir hören, ist dem Legationsrat Frhrn. Max von Oppenheim von Sr. Majestät dem Kaiser der Titel und Rang eines Ministerresidenten verliehen worden.

** Wir verlautet, ist der bisherige Zweite Sekretär bei der Botschaft in Konstantinopel, Legationsrat Prinz Julius Ernst zur Lippe, an Stelle des zum Gesandten in Bogotá beförderten Herrn v. Kracker zum Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Bukarest ernannt worden.

* Der frühere Ministerresident in Montenegro Pilgrim-Baltazzi ist heute aus Cettinje hier eingetroffen.

** Der belgische Gesandte Baron Greindl ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

** Der kubanische Gesandte Gonzalo de Quesada ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

* Der Landeshauptmann der Provinz Schlesien, Hermann Karl Frhr. v. Richthofen, ist als solcher auf fernere zehn Jahre bestätigt worden.

* Der Senatsvorsitzende des Reichsversicherungsamts, Geheime Regierungsrat Dr. Weymann, ist zum Oberverwaltungsgerichtsrat ernannt worden.

* Der Regierungsrat Schmaucks in Frankfurt a. O. ist zum Mitgliede des Bezirksausschusses in Minden und zum Stellvertreter des Regierungspräsidenten im Vorsitze dieser Behörde mit dem Titel Verwaltungsgerichtsdirektor auf Lebenszeit ernannt worden.

* Der Regierungsrat Kleefeld in Magdeburg ist zum Oberregierungsrat ernannt worden. Ihm ist die Stelle als Dirigent der Finanzabteilung bei der Regierung in Gumbinnen übertragen worden.

* Der Regierungsrat Pierstig in Stettin ist zum Oberregierungsrat ernannt worden. Ihm ist die Stelle als Dirigent der Domänen-